



Pressemitteilung

Ansbach, 27.04.2011

Debatte um Abzug der US-Armee: CSU will von Fehlentscheidungen ablenken

Stadt muss Konsequenzen im Interesse der Bürger ziehen

"Miteinander" zwischen Bevölkerung und 100 Kampfhubschraubern nicht möglich

Die erneute Ausweitung der Belastungen der Menschen im Umfeld der Militärbasis Katterbach durch Fluglärm und giftige Abgase der US-Helikopter zeigt deutlich: Das Ziel eines "Miteinanders" zwischen Bevölkerung und den über 100 Kampfhubschraubern, wie es sich OB Seidel wünscht, ist angesichts des Ausmaßes der Militärpräsenz in Ansbach nicht zu erreichen.

Aus dem unlösbaren Zielkonflikt zwischen Kriegsübungen und Bürgerwohl muss die Kommune klare Konsequenzen ziehen. Und zwar im Interesse der Bevölkerung, nicht des Militärs. Dies haben die Reden im Rahmen des Ansbacher Ostermarsches deutlich gemacht, auch die von Bgm. Hüttinger. Dass sich ein Bürgermeister zu den lärmgeplagten Bürgern bekennt und nicht den Partikularinteressen einer fremden Streitmacht das Wort redet, versteht sich von selbst. Er hat das ausgesprochen, was die große Mehrheit der Ansbacher denkt und fühlt.

Dass die Fraktionsspitze der CSU im Ansbacher Stadtrat mit Rücktritts-Gepolter reagiert, verwundert nicht. Schließlich sieht sie sich gezwungen, von eklatanten Fehlentscheidungen der vergangenen Legislatur abzulenken: Die CSU war es, die die massive Aufrüstung der Militärbasis Ansbach und das Entstehen einer Parallelwelt hinter Stacheldraht am Umlas mit vorangetrieben hat. Der CSU-Staatssekretär Christian Schmidt (Oberzenn) ist zudem dafür verantwortlich, dass der einstimmige Stadtratsbeschluss mit der Forderung nach einem Nachtflugverbot und Überflugverbot aller Wohngebiete seit zwei Jahren behände blockiert wird.

Die Autoren der Ostermarsch-Stellungnahme der CSU irren sich dabei gewaltig: Der Abzug des US-Militärs bedeutet für alle ehemaligen fränkischen Garnisonsstädte mehr Arbeitsplätze und mehr Lebensqualität. In Würzburg etwa, wo die Armee 2009 abzog, zeigt sich der gesamte Stadtrat hoch erfreut, dass auf früheren Militärgelände endlich die Uni erweitert und Wohnraum geschaffen werden kann.

In Ansbach hingegen muss zunächst der strukturpolitische Scherbenhaufen für unsere Stadt infolge der militärischen Erweiterung abgetragen werden. Es bleibt zu hoffen, dass neue Gesichter der CSU hierbei mittun. Frühzeitig sollten sich alle Kräfte an der Rezat Gedanken über eine zeitnahe zivile Umnutzung der Militärbasen machen. Ein Ansbach frei von Militär wird umso attraktiver für amerikanische Arbeitgeber der Zivilwirtschaft und amerikanische Touristen sein.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat